

Die deutsche Sprache und die Politik

In den vergangenen 30 Jahren wurde mit der deutschen Sprache, einem hohen Kulturgut mehrerer Völker deutscher Muttersprache, unsäglicher Unfug getrieben. Begonnen wurde diese Gewalt an unserer Sprache mit einer staatlich verordneten sogenannten Rechtschreibreform, die zum Wohle der Profitinteressen einiger Medienkonzerne mit Hilfe demokratiewidriger Vorgehensweisen den Völkern deutscher Muttersprache aufgezwungen wurde. Man maßte sich an, die Reform mit unzulässigen Verwaltungsakten „zu erlassen“ und „in Kraft zu setzen“, um so den mehrheitlichen Protest und den Widerstand der Völker zu brechen. Solche Vorgehensweisen sind für eine Sprache unzulässig. Es gibt überhaupt keine Behörde, kein Amt, kein Gremium, keine Einrichtung, keine Personengruppen, keine Einzelpersonen, die legitimiert wären, als verbindlich erklärte Änderungen an einer Sprache vorzunehmen.

Inhaltlich hat sich die sogenannte Reform in allen Teilen als fachliches Fiasko herausgestellt, weil die Mitglieder der Reformkommission, später des Rates für deutsche Rechtschreibung, für die gestellte Aufgabe ungeeignet waren. So zog die Reform deshalb notwendigerweise eine Vielzahl Reformen der Reform nach sich, um die größten Fehlleistungen abzumildern. Das Gesamtwerk der Regeln der deutschen Rechtschreibung und teilweise der Grammatik wurde abgeschafft und durch unbrauchbare Konstrukte ersetzt. Der angerichtete Schaden für die deutsche Sprache ist irreparabel.

In der Folge dieser sogenannten Reform finden sich in neuerer Zeit immer mehr Minderheitengruppen zusammen, die sich, durch diese Aktion ermuntert, berufen fühlen, an der deutschen Sprache, ihren grammatischen Regeln und an ihrem Wortbestand unqualifiziert herumbasteln zu wollen. Dazu bedienen sie sich politischer Machtstrukturen und gebärden sich mit einer Lautstärke, mit der sie der überwältigenden Mehrheit der Menschen deutscher Muttersprache ihre unqualifizierten Minderheitenansichten überzustülpen versuchen. Dabei bleibt es nicht bei Versuchen, die Rechtschreibung zu verändern, es kommen noch weitere Bestrebungen hinzu, mit denen am Ende sogar die phonetischen Regeln des Sprechens abgeändert werden sollen.

Eine dieser Bestrebungen ist das sogenannte Genderdeutsch, mit dem eine Gruppe militanter Feministen bemüht ist, die grammatische Form des generischen Maskulinums abzuschaffen, die sie als *männlich* deklarieren und damit eine sprachliche Benachteiligung der Frauen zu begründen versuchen. Daraus entstehen dann außer der unsinnigen ständigen Doppelnennung maskuliner und femininer Formen exzessive Blüten, wie das Schreiben des kapitalen Binnen-/s innerhalb eines Wortes oder von Sternchen oder anderen Zeichen vor der femininen Endung *-innen* sowie das damit geforderte Sprechen eines phonetisch abgehackten *i*-Lautes inmitten eines Wortes. Hinzu kommt der Versuch der Einführung einer sprachlichen Präsenz der Menschen, die weder als Mann noch als Frau gesehen werden wollen, indem man an einen Begriff die Zeichenkette „m/w/d“ anhängt. Man kann solchen groben Unfug nicht als brauchbares sprachliches Ausdrucksmittel ansehen. Es ist unnützlich, weil mit dem generischen Maskulinum alle Mitglieder der Gesellschaft angesprochen werden. Noch krassere Exzesse stammen von einem „Prof.ens Dr.ens Lann Hornscheidt“ oder auch „Profex Drex Lann Hornscheidt“. Die unverständlichen Bezeichnungen sind seine eigene Darstellung, gemeint ist *Prof. Dr.* Er meint, man solle doch nicht mehr *Der Käufer und sein Einkaufswagen* sagen, sondern *Ens Käuferens und ens Einkaufswagen*. Das Suffix *ens* sei Teil des Wortes Mensch und ersetze feminine und maskuline Artikel und Endungen. Das Suffix *ex* bedeute soviel wie „*exit Gender*“ und habe das gleiche Ziel.

Damit seien dann alle Probleme der Geschlechterzuordnung bereinigt. – Und die deutsche Sprache ist dann wohl die modernste der Welt. Wenn wir jedoch die deutsche Sprache den bizarren Auswüchsen solcher Mitbürger einer ganz seltenen Minderheit überlassen – er hieß früher Antje Hornscheidt – haben wir ihre Zerstörung bereits akzeptiert.

Eine andere Bestrebung besteht im willkürlichen Umdefinieren von Wortbedeutungen mit der verfolgten Absicht, einzelnen Wörtern eine „*negative Belastung*“ zuzuschreiben, ihnen einen diskriminierenden oder beleidigenden Inhalt zu unterstellen, den sie gar nicht haben. Auf diese Weise sollen Wörter aus dem deutschen Wortbestand entfernt werden. Dabei gibt es Erscheinungen, die nicht mehr nur als sprachliche Verunstaltungen zu bewerten sind, ich kann solch grobe Entgleisungen nur unter hochgradig geistesgestört einordnen. Die Bildzeitung vom 26.07.2021 kommentiert eine neuerliche Aufregung bei den Grünen, weil ihre Co-Chefin Annalena Baerbock in einem Interview das Wort *Neger* benutzte. Der Irrsinn damit geht soweit, daß man vermeintlich das Wort *Neger* weder aussprechen noch niederschreiben darf. Selbst der nicht genannte Autor des Beitrages erniedrigt sich so weit, daß er das Wort *Neger* nicht schreibt, er schreibt „N***er“, offiziell dürfe man nur noch von einem „N-Wort“ sprechen. In der TAZ spricht man von „*dem rassistischen N-Wort*“. Zitat: „Jede Schwarze Person, die ich kenne, zuckt zusammen, wenn sie das Wort aus dem Mund nicht-schwarzer Menschen hört.“ Die dazu geäußerte Erklärung, seit 200 Jahren werde das Wort *Neger* zur „Denunzierung dunkelhäutiger Menschen“ verwendet, ist samt Zitat eine völlig aus der Luft gegriffene Unwahrheit. Als ich ein Kind war, das war vor etwa 70 Jahren, auch später noch, bis vor etwa 30 Jahren – nicht vor 200 (!!), erzählte man die Geschichte von den zehn kleinen Negerlein. Niemand fühlte sich beleidigt oder rassistisch diskriminiert. In Wirklichkeit geht es nur um wenige Jahrzehnte, in denen sprachlich unterentwickelte Minderheiten mit großem Lärm versuchen, dem Wort *Neger* eine rassistische Begriffsbewertung anzuhängen. Dasselbe wird heute zunehmend mit dem Wort *Mohr* versucht. Allgemein bleibt diese Zielstellung aber die verkrampte Ansicht einer Minderheit ohne jeden Wahrheitsgehalt. Nun hat kürzlich das Landesverfassungsgericht in Mecklenburg-Vorpommern auf Grund eines Rechtsstreites entschieden, daß es nicht verboten ist, das Wort *Neger* zu verwenden (Az.: LVerfG 1/19). Einige verbohrte Sprachdeuter sollten aufhorchen und über ihre Zwangsvorstellungen nachdenken. Solche Anwendungen sind nichts anderes als politisch lancierte Verunglimpfungen des deutschen Wortbestandes. Bedauerlicherweise in jüngerer Vergangenheit mit einigen Erfolgen, weil sehr viele Menschen ohne nachzuprüfen diesen Unsinn mitzutragen bereit sind. Dennoch bleiben sie eine Domäne kleiner Minderheiten. Offen ist dabei nur die Frage, ob es ein solches Gerichtsurteil überhaupt geben mußte. Die Sprache ist kein Objekt staatlicher Steuerung. Es obliegt nicht der Justiz, Wörter des deutschen Wortgutes zu erlauben oder zu verbieten. Der Sinn eines solchen Urteils kann nur darin bestehen, den Bestrebungen zum Verbot von Wörtern durch Einzelne Einhalt zu gebieten. Dieses Ziel ist nach meinem Befinden erreicht worden. Einige Wichtigtuer solcher Minderheiten wollen zum Beispiel auch das Wort *Zigeuner* wegen einer angeblich diskriminierenden Begriffsbedeutung aus dem Sprachgebrauch verbannen. Im Deutschen Fernsehen hat sich dazu eine Zigeunerin im Rahmen eines Interviews klar positioniert, indem sie sagte, sie sei eine Zigeunerin und verstehe überhaupt nicht, daß einige Deutsche mit dem Wort ein Problem hätten. Wohin sollen solche Aktionen auch führen? Müßten wir nun etwa die Strauß-Operette „Der Zigeunerbaron“ in „Sinti-und-Roma-Baron“ umbenennen?

Bei einer wissenschaftlich-theoretischen Betrachtung solcher Denkstrukturen kann man folgendes feststellen: Wörter einer Sprache können prinzipiell nur in ganz seltenen Fällen einen rassistischen, diskriminierenden, herabwürdigenden, beleidigenden

oder anderweitig „negativ belasteten“ Inhaltsbeiwert haben. Solche Eigenschaften haben Wörter nicht. Sie können stets nur durch die Verwendung eines Wortes in einem Kontext festgestellt werden. Wenn jemand zum Beispiel einen anderen in einer Debatte „du Schwein“, „du Ochse“ oder „du Kamel“ nennt, sind das unbestritten beleidigende Äußerungen. Dadurch aber erhalten die Wörter *Schwein*, *Ochse* oder *Kamel* keinerlei negative Wertinhalte. Wenn zum Beispiel der Radprofi Patrick Moster in Tokyo seine Fahrer antreibt mit der Äußerung: „Hol dir den Kameltreiber“, so ist das explizit feindselig und rassistisch herabwürdigend. Es ist kein sprachlicher Ausrutscher, wie er später zurückzurudern versuchte, es drückt eine feindselige Haltung aus, die tief im Bewußtsein verankert ist. Seine Abberufung war eine unvermeidliche und gerechtfertigte Konsequenz. Jedoch allein für sich genommen beinhaltet das Wort *Kameltreiber* gar keine „negativ belastete“ Bedeutung, sofern man dies nicht künstlich hineinzudeuteln versucht. Es ist zum Beispiel für einen Araber eine ehrenwerte und nützliche Tätigkeit, Kamele zu treiben, etwa um seine Tiere erfolgreich durch eine Wüste zu führen (siehe hierzu <https://www.dwds.de/wb/Kameltreiber>). Das Wort allein diskriminiert niemanden, erst in einem Kontext, wie von Herrn Moster benutzt, kann es eine verwerfliche Aussage erhalten. Wer diesen Unterschied nicht aus dem Sprachgefühl heraus empfindet, ist dringend gehalten, seine sprachliche Bildung auf ein angemessenes Niveau zu heben. Keinesfalls ist angezeigt, sich gedankenlos den Tendenzen der Verunglimpfung des deutschen Wortbestandes anzuschließen.

Es entsteht aus all diesen Betrachtungen eine sehr bedeutsame und weitreichende Frage: Wie kann es gelingen, in den Völkern deutscher Muttersprache die schon weit fortgeschrittenen Tendenzen der willkürlichen Änderung der Orthographie, der Grammatik, des Wortgutes und auch der Phonetik des Sprechens zurückzudrängen? Im Falle des generellen Mißerfolgs würde die Sprache zur Verrottung freigegeben und in einigen Generationen dem Untergang nicht mehr entgehen können.

[Schließen](#)